



Wird Kolumbien grün?

Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 2010

HANS MATHIEU
Mai 2010

- Ende Februar untersagte das kolumbianische Verfassungsgericht das verfassungsändernde Referendum, das eine zweite Wiederwahl von Präsident Uribe ermöglichen sollte, und auch eine erneute Kandidatur von Uribe.
- Aus den Parlamentswahlen am 14. März gingen die Uribe unterstützenden Parteien als Sieger hervor, unter den Oppositionsparteien verzeichnete nur die Grüne Partei Gewinne, allerdings auf niedrigem Niveau.
- Trotzdem gewann Antanas Mockus, Ex-Bürgermeister der Hauptstadt Bogotá und Kandidat der Grünen Partei, innerhalb weniger Wochen die Führung in den Umfragen vor dem Kandidaten der Uribe-Partei, Ex-Verteidigungsminister Juan Manuel Santos.
- Grundlage des Höhenfluges von Mockus ist die Sehnsucht breiter Wählergruppen nach einem Ende von Korruption und Straflosigkeit auf allen Ebenen von Politik und Gesellschaft und einer gerechteren Sozial- und Verteilungspolitik.
- Bei den Präsidentschaftswahlen am 30. Mai wird es zu einem zweiten Wahlgang zwischen Mockus und Santos am 20. Juni kommen, wobei die Chance eines Sieges von Mockus besteht.
- Ein Wahlsieg von Mockus würde weitreichende Auswirkungen auf die kolumbianische Politik haben, die fehlende Mehrheit im Parlament würde jedoch seinen Handlungsspielraum stark einschränken.

In weniger als zwei Monaten haben sich die Perspektiven für die Präsidentschaftswahlen am 30. Mai 2010 in Kolumbien radikal geändert. Bis Mitte März konnte realistischerweise ein Wahlsieg entweder von Präsident Álvaro Uribe bereits im ersten Wahlgang oder des ihm nahestehenden Ex-Verteidigungsministers Juan Manuel Santos im zweiten Wahlgang am 20. Juni erwartet werden. Grundlage war die hohe Popularität von Uribe selbst und seiner Politik der »Demokratischen Sicherheit«. Die Umfragen bis Ende März bestätigten dieses Szenario. Im Laufe des April katapultierte sich in den Umfragen jedoch Antanas Mockus, Ex-Bürgermeister der Hauptstadt Bogotá und Kandidat der vergleichsweise kleinen Grünen Partei (Partido Verde), an die Spitze. Diese Entwicklung hat mehrere Ursachen:

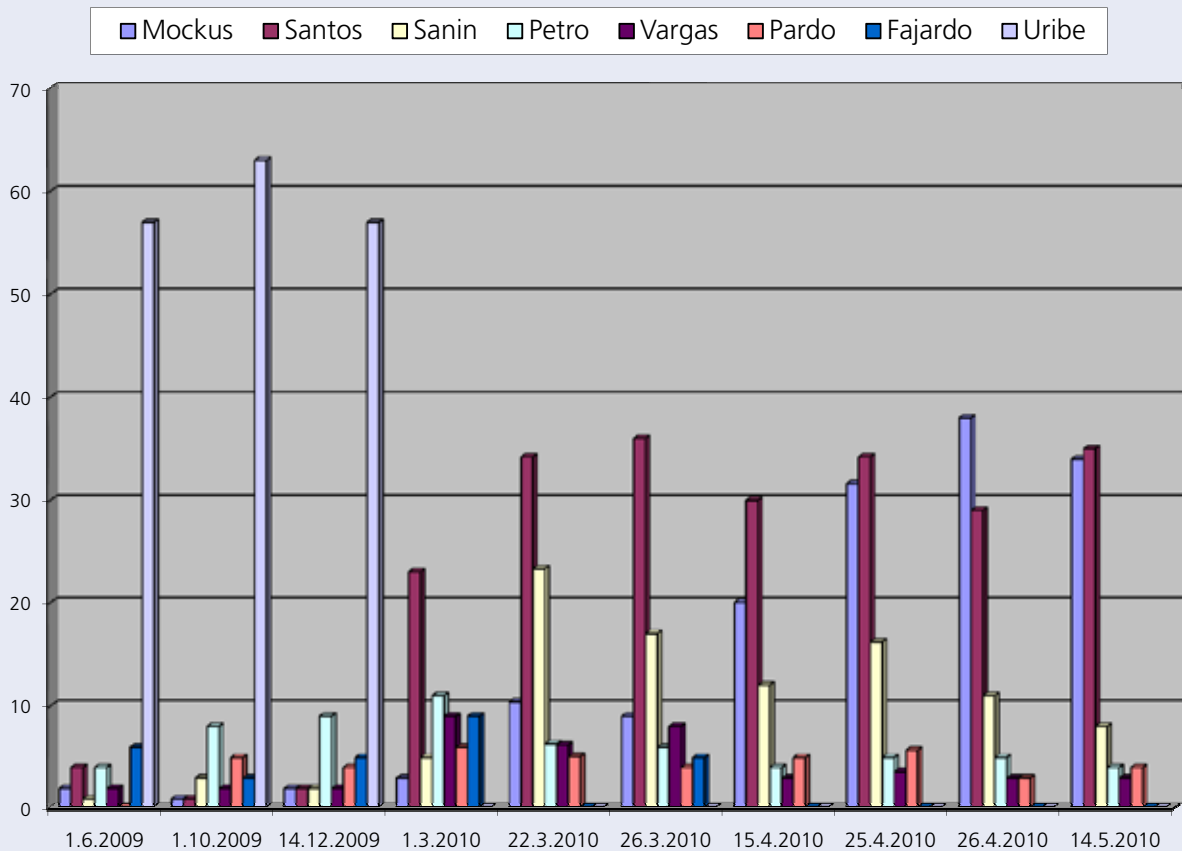
- Das Verbot des verfassungsändernden Referendums, das eine zweite Wiederwahl von Präsident Álvaro Uribe ermöglichen sollte, durch das Verfassungsgericht.

- Die Ergebnisse der Parlamentswahlen am 14. März.
- Verschiebungen in der politischen Agenda Kolumbiens.
- Die Mobilisierung bisher politisch passiver Bevölkerungsgruppen durch die Kandidatur von Antanas Mockus.

Verfassungsgericht bringt Referendum zu Fall

Ein Krimi hätte nicht spannender sein können: Mehr als drei Monate brauchte das kolumbianische Verfassungsgericht, um über die verfassungsrechtliche Zulässigkeit des Referendums zu entscheiden, das durch eine Verfassungsänderung eine zweite Wiederwahl von Präsident Uribe ermöglichen sollte. Die Entscheidung des neunköpfigen Gerichts am 26.2. war jedoch eindeutig: Mit sieben gegen zwei Stimmen untersagte es das Referendum wegen Verfahrensfehler bei der Unterschriftensammlung für das Volksbegehren, das das Referendum

Präsidentschaftswahlen Kolumbien 30.5.2010:
Wahlabsichten 1. Wahlgang (Angaben in Prozent)



Anm.: Bei Angaben von 0 Prozent sind die Kandidaten in der Umfrage nicht berücksichtigt oder noch nicht bzw. nicht mehr Kandidaten.

Quellen: La Gran Encuesta 2010 Ipsos-Napoleón Franco Mediciones 1 a 7 (1.6., 1.10., 14.12.2009, 1.3., 26.3., 15.4., 26.4., 14.5.2010); 2. La Gran Encuesta de los Medios Gallup Colombia, Mediciones Marzo 22 y Abril 25 de 2010 (22.3., 25.4.2010)

unterstützte, und bei der Behandlung des Gesetzes für das Referendum im Parlament. Damit nicht genug: Mit deutlich knapperer Mehrheit von fünf gegen vier Stimmen erklärte das Gericht eine zweite Wiederwahl eines Präsidenten als grundsätzlich nicht vereinbar mit der Verfassung von 1991. Damit war die als sicher geltende Wiederwahl Uribes vom Tisch, Uribe selbst akzeptierte die Entscheidung, Ex-Verteidigungsminister Juan Manuel Santos erklärte sich unmittelbar danach zum Kandidaten der Uribe Partei – bekannt als »U-Partei«, der vollständige Name ist jedoch *Partido de la Unidad Nacional*, Partei der Nationalen Einheit – und setzte sich in den Umfragen zunächst deutlich an die Spitze.

Parlamentswahlen: Parteimaschinen und Außenseiter

Die Parlamentswahlen am 14. März bestätigten auf den ersten Blick die Dominanz zum einen der Wahlmaschinen der großen Parteien sowie der Parteienkoalition, die bisher Uribe unterstützte: Die U-Partei und die Konservative Partei gewannen gegenüber den Wahlen 2006 Sitze in beiden Häusern des Parlaments hinzu. Im Vergleich mit der Zusammensetzung des Parlaments Ende 2009, nach einer politischen Reform, die den Parteiwechsel von Abgeordneten erlaubte und zur Stärkung der Fraktionen beider Parteien führte, gab es zwar praktisch keine Gewinne im Senat, aber doch im Abgeordnetenhaus.

Verstärkt wird das Lager der »Uribisten« und der Konservativen Partei außerdem durch eine neue Partei PIN (*Partido de Integración Nacional*, Partei der Nationalen Integration), die in Nachfolge von *Convergencia Ciudadana* (= Bürgerschaftliche Konvergenz) Kandidaten und Stimmen aus dem Umfeld der Paramilitärs zusammenfasst. Da auch zwei weitere Kleinparteien in der PIN aufgegangen sind, sind die Paramilitärs insgesamt nicht stärker im Parlament repräsentiert, aber mit zusammen 20 Abgeordneten die viertstärkste Fraktion. Darüber hinaus wird geschätzt, dass ca. zehn weitere Abgeordnete der U-Partei, der Konservativen und auch der Liberalen Verbindungen mit den Paramilitärs haben. *Cambio Radical* (Radikaler Wandel), die vom Uribista-Dissidenten und Präsidentschaftskandidaten Vargas Lleras geführte Abspaltung des Uribe-Lagers, die zwar Uribes Politik, aber nicht seine Wiederwahl unterstützte, musste Verluste hinnehmen. Vargas hat in den Umfragen inzwischen nur noch eine geringe Bedeutung.

Bei den Oppositionsparteien konnte sich die Liberale Partei behaupten. Ihr Präsidentschaftskandidat Rafael Pardo profitierte aber nicht davon, in den Umfragen blieb er bei oder unter fünf Prozent. Obwohl er allgemein als der kompetenteste der Oppositionskandidaten angesehen wird, gelingt es ihm weder in seiner Partei noch bei den Wählern, Enthusiasmus hervorzurufen. Die Linksoption des PDA (*Polo Democrático Alternativo*, am besten übersetzt als Demokratisch Alternative Allianz) büßte zwei Drittel ihrer Sitze ein. Ursache war die de facto-Spaltung der Partei nach dem überraschenden Sieg von Gustavo Petro in den Vorwahlen zur Bestimmung des Präsidentschaftskandidaten des Polo über den Parteivorsitzenden Carlos Gaviria mit dem Ergebnis, dass der von Gaviria geführte Mehrheitsflügel der Partei den Wahlkampf von Petro praktisch nicht unterstützte.

Klarer Gewinner im Mitte-Links-Spektrum war die Grüne Partei (*Partido Verde*). Die zuvor bedeutungslose Partei war im letzten Jahr von den sog. »Drei Tenören«, den ehemaligen Bürgermeistern von Bogotá Enrique Peñalosa, Lucho Garçon und Antanas Mockus, als Wahlkampfvehikel mehr oder weniger übernommen worden und erreichte aus dem Stand acht Sitze im Parlament. Die Liste des ehemaligen Bürgermeisters von Medellín, Sergio Fajardo, ging dagegen in den Parlamentswahlen unter.

Zeitgleich mit den Parlamentswahlen führten die Konservative Partei und die Grünen ihre Vorwahlen zur Bestimmung ihrer Präsidentschaftskandidaten durch. Bei diesen Vorwahlen stimmen nicht nur Parteimitglieder ab, sondern jeder registrierte Wähler kann darin teilnehmen, womit sich teilweise erklärt, warum die Ergebnisse, etwa im Falle der Vorwahlen des PDA, nicht unbedingt die innerparteilichen Machtverhältnisse reflektieren. Dies gilt auch für die Konservative Partei, denn dort setzte sich mit Noemí Sanín eine Kandidatin durch, die nicht zum Establishment der Partei gehört, wenn sie auch die Unterstützung eines Flügels der Partei unter Führung von Ex-Präsident Pastrana hatte. Mit nur wenigen tausend Stimmen Abstand musste sich Ex-Landwirtschaftsminister Arias geschlagen geben, der, sein Spitzname »Uribito« (= kleiner Uribe) deutet es schon an, sich als Erbe Uribes sieht und der Champion des Uribista-Flügels der Partei war. Ein von ihm initiiertes Förderprogramm für kleine Landwirte war von der Uribe-Regierung gezielt für die Unterstützung des Volksbegehrens für die Wiederwahl Uribes missbraucht worden, und der Ari-

as anhängende Geruch massiver Korruption dürfte für seinen knappen Wahlverlust verantwortlich sein. Das Ergebnis war jedoch eine Spaltung der konservativen Partei: Obwohl Sanín in den ersten Umfragen nach den Parlamentswahlen hinter Santos mit klarem Abstand vor allen anderen Kandidaten auf den zweiten Wahlgang zuzusteuern schien, verlor sie im April schnell an Bedeutung, da sie vom Uribista-Flügel der Partei keinerlei Unterstützung erhielt.

Bei den Vorwahlen der Grünen waren alle »Drei Tenöre« Kandidaten. Antanas Mockus gewann deutlich gegen seine beiden Konkurrenten. Dies führte jedoch – im Gegensatz zu den Kandidaturen von Petro und Sanín – nicht zu einer Spaltung in der Partei. Alle drei hatten bereits vorher klargemacht, dass die Vorwahl dazu diene, den aussichtsreichsten Kandidaten unter ihnen zu identifizieren, sie die gemeinsame Kampagne jedoch fortsetzen würden. Die Tatsache, dass Peñalosa und Garçon integraler Bestandteil der Kampagne blieben, ist einer der Gründe für den Erfolg von Mockus. Nachdem Mockus in den ersten Umfragen nach den Parlamentswahlen die anderen Oppositionskandidaten deutlich überholte und den dritten Platz erreichte, verzichtete Fajardo auf seine Kandidatur und reihte sich als Vizepräsidenten-kandidat von Mockus in die Riege der »Tenöre« ein. Damit war die Grundlage für den Höhenflug von Mockus im

April geschaffen: Vier anerkannt erfolgreiche, ergebnisorientierte, unkonventionelle sowie korruptionsfreie Bürgermeister, die in Bogotá und Medellín mit der Verbesserung der öffentlichen Sicherheit, der Verbesserung der Infrastruktur sowie sinnvollen Investitionen und sozial verantwortlicher Politik eine Renaissance beider Städte erreicht hatten und ohne den Ballast korrupter Partei-maschinen gemeinsam die Präsidentschaft von Mockus anstrebten.

Politische Agenda und Mobilisierung neuer Gruppen

Mockus profitiert dabei von Verschiebungen der öffentlichen Agenda und den Besorgnissen weiter Teile der Bevölkerung in den letzten anderthalb Jahren. Nach wie vor bescheren die Erfolge der Politik der »Demokratischen Sicherheit« der Regierung Uribe dem Kandidaten der U-Partei, Santos, eine Basis von um die 30 Prozent der Stimmen. Keiner der Kandidaten kann es sich leisten, als schwach im Bereich der öffentlichen Sicherheit angesehen zu werden. Dennoch, mit der Verdrängung der FARC-Guerilla aus den Städten und bevölkerungsreichen zentralen ländlichen Gebieten Kolumbiens steht die öffentliche Sicherheit nicht mehr an oberster Stelle bei den Prioritäten der Wähler. Die hohe Arbeitslosig-

Kolumbien: Zusammensetzung des Parlaments 2006 – 2010

Partei	Senat			Repräsentantenhaus		
	März `06	Okt. `09*	März `10	März `06	Okt. `09*	März `10
Partido Social de la Unidad Nacional	20	29	28	30	38	47
Partido Conservador Colombiano	18	22	23	30	34	37
PIN (2006-9: Convergencia Ciudadano)	7	5	9	8	10	11
Cambio Radical	15	12	8	20	14	16
Partido Liberal Colombiano	17	17	17	36	39	35
Partido Verde	k.B.	k.B.	5	k.B.	k.B.	3
Polo Democrático Alternativo	11	11	8	9	8	4
Andere	12	4	2	33	23	13

Anm.: »k.B.«=keine Beteiligung der Grünen Partei an den Wahlen 2006, deshalb auch keine Präsenz 2009, * Zusammensetzung der beiden Kammern des Parlamentes nach einer Reform, die den Parteiwechsel von Abgeordneten erlaubte.

Quelle: CongresoVisible 16 (Jan-März 2010), S. 3-4

keit im Zuge der Stagnation des Wirtschaftswachstums des vergangenen Jahres, der finanzielle Kollaps des Gesundheitssystems und vor allem massive Korruption auf allen Ebenen von Staat und Gesellschaft, die zunehmend sichtbare Interpenetration von organisiertem Verbrechen, Drogenhandel und lokalen und regionalen Eliten und das wachsende Bewusstsein, dass die soziale Gerechtigkeit in Kolumbien zu kurz kommt, verdrängen zunehmend die öffentliche Sicherheit auf der Prioritätenliste. Und nicht zuletzt gibt es eine Verschiebung der Agenda im Bereich der öffentlichen Sicherheit selbst: Statt auf die Guerilla richten sich die Besorgnisse auf das Wiederaufleben der Gewalt in den Städten als Folge der organisierten Kriminalität, neuer Gewaltakteure und der Re-Aktivierung von paramilitärischen Gruppen. Hier wird die Achillesferse der Politik Uribes deutlich: Der Rückgang der Gewaltausübung durch die Paramilitärs beruhte auf einem Handel mit der politischen Führung der Paramilitärs, nicht auf ihrer Zerschlagung und Repression. Dies rächt sich jetzt in dem Maße, in dem Gruppen von Paramilitärs wieder aktiv werden und gleichzeitig neue Gewaltakteure hinzukommen.

Die Kontrolle der kolumbianischen Politik durch die – klientelistischen und teilweise korrupten – Wahlmaschinen der großen Parteien hatte schon seit langem zur Folge, dass die Wahlbeteiligung unter 60 Prozent lag und weite Teile der Bevölkerung politisch eher apathisch waren, insbesondere die städtische Jugend und Teile der besser gebildeten (unteren) Mittelschichten. Vor dem Hintergrund der gerade skizzierten Verschiebungen in der politischen Agenda der Bevölkerung gelingt es der Kampagne von Mockus, diese bisher apathischen und neuen Wählergruppen teilweise zu aktivieren. In den Umfragen lässt sich ein Anstieg der beabsichtigten Wahlbeteiligung feststellen: Der Anteil der Befragten, die am 30. Mai „auf jeden Fall“ wählen wollen, ist von unter 60 Prozent auf knapp 70 Prozent gestiegen.

Perspektive: Mockus kann gewinnen, würde aber keine Mehrheit im Parlament haben


In den letzten Umfragen gewinnt Mockus im zweiten Wahlgang am 20. Juni mit 48 bis 50 Prozent gegen Santos, der nur 37 bis 41 Prozent erreicht. In einer Umfrage der Universität Medellín erreicht Mockus sogar 50 Prozent im ersten Wahlgang, die letzte Umfrage in der obigen Tabelle zeigt aber beide wieder gleichauf. Die-

se Umfragen sind mit Vorsicht zu genießen, denn die städtischen Wähler und die Mittel- und Oberschichten, also die »Meinungs«-Wähler, von denen Mockus in den Umfragen profitiert, sind in ihnen überrepräsentiert. Die Stärke der Wahlmaschinen der U-Partei, der Konservativen und der Liberalen liegt in den Kleinstädten und ländlichen Gebieten, wo klientelistischer Stimmenkauf üblich und Wahlbetrug häufig ist. Deshalb ist es unwahrscheinlich, dass Mockus im ersten Wahlgang gewinnen wird.

Mockus und Santos werden also im zweiten Wahlgang um die Präsidentschaft kämpfen. Hier ist eher mit einem knappen Ausgang zu rechnen, aber Mockus kann gewinnen. Santos kann neben den Stimmen der U-Partei mit denen der »Uribista«-Konservativen, den von den Paramilitärs mobilisierten bzw. gekauften, denen von Cambio Radical und auch von einigen Liberalen rechnen. Mockus dagegen kann mit denen der Mitte-Links-Opposition inkl. Teilen der Konservativen rechnen, sowie mit den neu mobilisierten Meinungswählern. Die neuen Wähler werden das entscheidende Zünglein an der Waage sein.

Eines der Merkmale präsidentieller politischer Systeme in Lateinamerika ist, dass weder parlamentarische Mehrheiten noch deren Fehlen für die Regierungsfähigkeit eines Präsidenten so stark ins Gewicht fallen wie in parlamentarischen Systemen oder den präsidentiellen Systemen in Frankreich oder den USA, da die Präsidenten in Lateinamerika, so auch in Kolumbien, weitreichende Exekutivrechte haben. Rein rechnerisch kann zwar Santos im Falle eines Wahlsieges mit einer parlamentarischen Mehrheit rechnen, aber Teile der konservativen Senatoren und Abgeordneten werden unsichere Kandidaten sein. Mockus dagegen wird mit Sicherheit keine Mehrheit haben, im Gegenteil, seine eigene Partei verfügt, trotz des Wahlerfolgs, über weniger als drei Prozent der Parlamentsmitglieder. Er wird also für jedes Gesetzesvorhaben Mehrheiten verhandeln und »einkaufen« müssen. Damit werden nicht nur seine Handlungsspielräume eingeschränkt sein, sondern auch seine Fähigkeit, dauerhaft Distanz zur Korruption in der kolumbianischen Politik zu wahren.

Gewinnt Santos, ist mit einer Fortsetzung der Politik von Uribe zu rechnen. Ob Santos jedoch mit der wiederauflebenden städtischen Gewalt fertig werden kann, ist unklar, denn das würde eine erfolgreiche Politik gegen lokale und regionale Korruption und die Verbindungen



zwischen lokalen Eliten, organisierter Kriminalität und Paramilitärs voraussetzen, die jedoch teilweise zu seiner politischen Basis gehören. Reformen in der Sozial-, Bildungs- und Beschäftigungspolitik sind unter Santos nicht zu erwarten. In der Außenpolitik wird er vermutlich aggressiver als Uribe sein.

Bei Mockus dagegen ist die Frage nicht, ob er Reformen beabsichtigt, sondern ob und um welchen politischen Preis er sie durchsetzen kann. Wie viele andere neue Präsidenten in Lateinamerika, die außerhalb und gegen die traditionellen politischen Kräfte an die Macht

gekommen sind, ist sein Politikverständnis auf Aktion orientiert, aber nicht die Schaffung dauerhaft funktionierender Institutionen. Bogotá ist ein gutes Beispiel: Es wurde von den »Drei Tenören« 16 Jahre lang regiert, aber ihr Nachfolger Moreno hat in nur drei Jahren einen Rückfall in Klientelismus und schlecht funktionierende Infrastruktur geschafft. In Kolumbien sind die Institutionen immer nur so gut wie ihre Chefs. Somit würde ein Präsident Mockus sicherlich die politische Landschaft in Kolumbien während seiner Amtszeit aufmischen. Ob er ein bleibendes institutionelles Erbe hinterlassen könnte, ist jedoch fraglich.



Über den Autor

Hans Mathieu ist Landesvertreter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Kolumbien und Leiter des Projekts über Regionale Sicherheitskooperation in Lateinamerika.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Lateinamerika und Karibik
Hiroshimastraße 17 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Dörte Wollrad, Leiterin, Referat Lateinamerika und Karibik

Tel.: ++49-30-269-25-7482 | Fax: ++49-30-269-35-9253
<http://www.fes.de/lateinamerika/>

Bestellungen/Kontakt hier:
info-lak@fes.de